

## Niederschrift

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 18.09.2024  
(11. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Satzung zur Änderung der Anlage der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offnen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB21/0018/2024</b> .....	5
<b>3 Evaluation und Konzeption der Schulsozialarbeit Vorlage: FB21/0753/2024</b> .....	6
<b>4 Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2024/25 Vorlage: FB3/0010/2024</b> .....	6
<b>5 Verteilung der Sportfördermittel Vorlage: FB3/0012/2024</b> .....	7
<b>6 Änderung der Sportförderrichtlinien Vorlage: FB3/0029/2024</b> .....	7
<b>7 Anpassung der Entgeltordnung für das Meerbad Vorlage: FB3/0028/2024</b> .....	7
<b>8 Sachstand Tennenplatz Strümp - mündlicher Bericht</b> .....	8
<b>9 Anträge</b> .....	8
<b>9.1 Antrag der SPD-Fraktion - Sicherstellung der Hygiene und Sauberkeit an den Meerbuscher Schulen Vorlage: FB3/0523/2024</b> .....	8
<b>9.2 Antrag der SPD-Fraktion - Weitere kommunale Schulsozialarbeiter*innenstellen Vorlage: FB3/0524/2024</b> .....	9
<b>9.3 Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung eines Schulwegsicherungskonzeptes Vorlage: FB3/0525/2024</b> .....	9
<b>9.4 Antrag der SPD-Fraktion - Flächendeckende Ferienbetreuungsangebote Vorlage: FB3/0526/2024</b> .....	10
<b>9.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Sport</b> .....	11

10	<b>Anfragen</b> .....	12
11	<b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	12
12	<b>Termin der nächsten Sitzung: 19. November 2024</b> .....	12
13	<b>Verschiedenes</b> .....	12

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Linda Bähr Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Stefan Mosch

Herr Christian Bößen Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Frau Christa Kohn Ratsmitglied

Frau Chantal Messing Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Herrn Ralph Jörgens

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Dario Dammer Ratsmitglied

Frau Leoni Kanders Ratsmitglied Vertretung für Frau Monika Driesel

Herr Christoph Weigele Ratsmitglied

**von der Fraktion GRÜN-alternativ**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Herr Hartwig Spetsmann Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Daniela Glasma-  
cher

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Christian Jeckel Sachkundiger Bürger

**Beratendes Mitglied**

Herr Andreas Trojan Stadtschulpflegschaft Bis 19.15 Uhr - TOP 9.4

**Beratende Mitglieder**

Frau Anne Weddeling-Wolff Vertreterin der Schulen

Herr Christian Dölls Vertreter der Schulen

**von der Verwaltung**

Herr Peter Annacker Dezernent

Herr Björn Brandenstein Fachbereich 3

Herr Tim Jansen Fachbereichsleiter FB 3

**Schriftführer**

Herr Holger Wegmann

Fachbereich 3

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Stefan Mosch

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralph Jörgens

Ratsmitglied

Herr Karl Trautmann

Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Monika Driesel

Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Wilfried Pahlke

Evangelische Kirchengemeinde

Herr Peter Dietz

Stadtsportverband

Frau Dr. Stefanie Höttecke

Katholische Kirchengemeinden

Herr Zacharias Schalley

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende Ratsherr Kräling die form- und fristgerechte Einladung fest. Er begrüßt die Anwesenden, insbesondere die jugendlichen Teilnehmenden am Kommunalpolitischem Praktikum, die im Rahmen des Praktikums die Ausschusssitzung besuchen.

Zudem erläutert der Vorsitzende Ratsherr Kräling, dass unter TOP 9.5 ein aktueller Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen behandelt werde.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es meldet sich eine Einwohnerin aus Strümp. Sie berichtet von einer Schulpflegschaftssitzung am Städt. Meerbusch-Gymnasium, zu dem ihre beiden Söhne zur Schule gingen. In dieser Sitzung habe es eine intensive Diskussionen zum Thema Jugendschutz auf dem iPad gegeben. Es sei von Lösungen berichtet worden, die in Münster an einem Gymnasium angewendet werden würden. Dort sei ein Rechenzentrum namens Citeq aktiv

Sie fragt, ob solche Lösungen auch in Meerbusch möglich seien?

StVR Wegmann erklärt, dass die Konfiguration der iPads in enger Abstimmung mit den Schulleitungen vorgenommen worden sei und eine Vielzahl von Apps (z.B. YouTube) für den Unterricht gedacht seien, die natürlich auch zweckfremd genutzt werden könnten. Hier die Pädagogik massiv zu beschneiden, um einen umfassenden Jugendschutz zu gewährleisten, sei fraglich. Zudem habe die ITK Rheinland auch im Auftrag der Stadt Meerbusch regelmäßig den Jugendschutz verbessert. Er könne gerne noch einmal mit der ITK in den Dialog gehen.

Frau Weddeling-Wolff erklärt, dass ihre Schule Fortbildungen für alle Beteiligten, auch für die Eltern anbiete. Aus ihrer Sicht sei eine enge Kooperation mit den Eltern nötig, um der gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden. Es sei nicht zielführend, einfach nur mehr Inhalte zu sperren.

Dezernent Annacker verspricht, gemeinsam mit der ITK Rheinland und den Schulen mögliche Lösungen zu besprechen und gegebenenfalls nachzusteuern.

Es meldet sich ein Schüler aus dem Kommunalpolitischem Praktikum und beklagt die Verspätungen und Ausfälle der Busse aus den Rheingemeinden zum Städt. Meerbusch-Gymnasium. StVR Wegmann erklärt, dass dies leider oft mit technischen Problemen der Fahrzeuge oder mit einem hohen Krankenstand bei der Rheinbahn zu tun habe. Dezernent Annacker ergänzt, dass es sich hierbei um höhere Gewalt handele, die man nicht einplanen könne.

### **2 Satzung zur Änderung der Anlage der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB21/0018/2024**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die Satzung zur Änderung der Anlage der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tages-

einrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (Anlage) zu beschließen.

Die Änderung beinhaltet die Korrektur von zwei Schreibfehlern in der Elternbeitragstabelle für die Kindertagespflege (Anlage zu § 4 der Satzung). Die Änderungen betreffen ausschließlich die Kindertagespflege, so dass eine Kenntnisnahme durch den Ausschuss für Schule und Sport in seiner Sitzung am 18.09.2024 ausreichend ist

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (7)	7		
Bündnis 90 / Die Grünen (3)	3		
GRÜN alternativ (1)	1		
FDP (1)	1		
SPD (2)		2	
UWG/Freie Wähler (1)	1		
Die Fraktion (1)			1
<b>Gesamt (16)</b>	<b>13</b>	<b>2</b>	<b>1</b>

Dezernent Annacker erklärt, dass es sich lediglich um redaktionelle Änderungen in der Satzung handelt, die bereits im JHA beschlossen worden seien.

### **3 Evaluation und Konzeption der Schulsozialarbeit**

**Vorlage: FB21/0753/2024**

Dezernent Annacker erläutert die Vorlage. Ratsfrau Kohn begrüße die Entwicklung der Schulsozialarbeit, halte jedoch den Bedarf noch nicht für gedeckt. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion unter TOP 9.2 einen Antrag gestellt. Sie würde zudem gerne wissen, ob es richtig sei, dass eine Stelle gedrittelt worden sei. Dezernent Annacker antwortet, dass dies sein könne, er aber die korrekte Antwort dem Protokoll beifügen wolle. Ratsfrau Kohn erklärt, dass es eine Vorgabe des Landes sei, die Stellen maximal zu teilen. Dezernent Annacker weist darauf hin, dass dies natürlich nur für Stellen gelten könne, die vom Land finanziert werden würden und nicht für städtische Stellen.

*Anmerkung des Schriftführers:*

*Im Schuljahr 2023/24 gab es die Situation, dass eine Stelle der Schulsozialarbeit gedrittelt wurde. Im Schuljahr 2024/25 ist diese Situation behoben, Stellen werden maximal halbiert.*

### **4 Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2024/25**

**Vorlage: FB3/0010/2024**

StOVR Jansen erklärt, dass es in der Vorlage einen Schreibfehler gegeben habe. Im 3. Absatz müsse das Wort „hiervon“ durch „dazu“ ersetzt werden.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**5 Verteilung der Sportfördermittel**  
**Vorlage: FB3/0012/2024**

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**6 Änderung der Sportförderrichtlinien**  
**Vorlage: FB3/0029/2024**

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Rat, die als Anlage beigefügte Änderung der Sportförderrichtlinie für die Stadt Meerbusch zum 01.01.2025 zu beschließen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

StAR Brandenstein erläutert die Vorlage. Maßgebliche Änderung sei die Erstellung und Vorlage eines Kinderschutzkonzeptes durch die Vereine, um weiterhin städtische Förderungen erhalten zu können. Dezernent Annacker ergänzt, dass die Vereine hierbei durch das Jugendamt begleitet werden können.

**7 Anpassung der Entgeltordnung für das Meerbad**  
**Vorlage: FB3/0028/2024**

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Rat, die als Anlage beigefügte Änderung der Entgeltordnung für das Meerbad zum 01.01.2025 zu beschließen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Dezernent Annacker erklärt die Notwendigkeit der Entgelterhöhung. So sei die Personalkostensteigerung im öffentlichen Dienst deutlich höher als die hier vorgeschlagene Erhöhung der Eintrittspreise. Es ginge letztendlich auch um die Konsolidierung des Haushaltes und den Erhalt des Bades.

Ratsfrau Messing möchte wissen, ob es messbare Daten über die ermäßigten Angebote gebe. StAR Brandenstein antwortet, dass Coins für kinderreiche Familien und für Personen nach SGBII und SGB XII nicht sehr zahlreich nachgefragt seien. Um die Möglichkeiten des Anspruchs deutlicher zu machen, habe man die Entgeltordnung angepasst.

StOVR Jansen erklärt, dass man zusätzlich die Ferienkarten für Kinder bis 14 Jahren mit in die Angebote aufgenommen habe.

Ratsherr Bertholdt betont, dass Gebührenerhöhungen für die Politik nicht einfach seien, aber notwendig. Es bittet um Schilder, die im Eingangsbereich darauf aufmerksam machen, dass für die Spinde ein 2 €-Stück notwendig sei.

## **8 Sachstand Tennisplatz Strümp - mündlicher Bericht**

Dezernent Annacker berichtet von der Aufstellung der Interimsbauten auf dem Tennisplatz in Strümp. Diese würden seit dem neuen Schuljahr durch die Städt. Martinus-Schule genutzt und nehmen ca. 1/3 der Fläche des Platzes in Anspruch. Ab dem nächsten Jahr würde die Anzahl der Interimsbauten erhöht, sodass die Hälfte des Platzes nicht mehr für den Sport zur Verfügung stehen. Mit dem dort ansässigen SSV Strümp 1964 e.V. sei dies bereits besprochen worden. Natürlich sei der Verein nicht begeistert hierüber, aber notwendige Schulplätze hätten Vorrang.

Frau Weddeling-Wolff erklärt, dass die Schulgemeinde mit der Qualität der Interimsgebäude sehr zufrieden sei.

## **9 Anträge**

### **9.1 Antrag der SPD-Fraktion - Sicherstellung der Hygiene und Sauberkeit an den Meerbuscher Schulen Vorlage: FB3/0523/2024**

Ratsfrau Kohn erläutert den Antrag ihrer Fraktion. StVR Wegmann erklärt, dass der für die Reinigung zuständige Service Immobilien eine Stellungnahme abgegeben habe, welche auch die der Schulverwaltung darstelle.

Man sei der Meinung, dass dieses Thema nur in Zusammenarbeit mit Schule, Eltern und Stadtverwaltung zufriedenstellend gelöst werden könne. Eine Zwischenreinigung würde ggf. zu einer kurzfristigen Verbesserung der Sauberkeit führen, sei aber langfristig nicht zielführend. Vielmehr solle man dort ansetzen, wo die Ursache der Verunreinigung liege. Der sparsame Umgang mit dem Material, Seife und Papier, sowie die Nutzung der Mülleimer sollte in regelmäßigen Abständen mit den Schülern thematisiert werden. Zudem würden im Rahmen der SCHEK-Maßnahmen ebenfalls die Sanitärbereiche betrachtet, sodass langfristig diese auf die gestiegenen Schülerzahlen ausgelegt sein werden.

Eine zusätzliche, einmalige Zwischenreinigung der großen Sanitärbereiche in den Grundschulen bedeute jährliche Netto-Kosten in Höhe von ca. 120.000 € (Stand 09/23).

Dezernent Annacker erklärt, dass für 2024 keine Haushaltsmittel zur Verfügung stünden und dieser Antrag zum Haushalt beraten werden müsse.

In einer teils intensiven Diskussion ist sich der Ausschuss einig, dass man inhaltlich nicht weit voneinander entfernt ist. Da der Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen zu thematisieren ist, erfolgt eine Abstimmung auf Vertagung.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (7)	7		
Bündnis 90 / Die Grünen (3)	3		
GRÜN alternativ (1)	1		
FDP (1)	1		
SPD (2)		1	1
UWG/Freie Wähler (1)	1		
Die Fraktion (1)			1
<b>Gesamt (16)</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>2</b>

Der Antrag wird somit auf die Sitzung vom 19. November 2024 vertagt.

## **9.2 Antrag der SPD-Fraktion - Weitere kommunale Schulsozialarbeiter\*innenstellen** **Vorlage: FB3/0524/2024**

Dezernent Annacker erklärt, dass dieser Antrag im Rahmen des Stellenplanes im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beraten werden müsse.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Verweis an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

## **9.3 Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung eines Schulwegsicherungskonzeptes** **Vorlage: FB3/0525/2024**

Ratsfrau Kohn berichtet, dass ihre Fraktion diesen Antrag bereits im Ausschuss für Mobilität gestellt habe. Ziel sei es, ein Schulwegsicherungskonzept an dem vorhandenen Radwegekonzept und Verkehrskonzept anzubinden. StOVR Jansen erklärt, dass man in der vergangenen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Meerbuscher Grundschulen darüber gesprochen und vereinbart habe, dass die Schulen dieses Thema in den Schulkonferenzen besprechen und der Verwaltung ein Feedback geben.

Ratsherr Dammer sieht sehr wohl weiteren Handlungsbedarf, hält aber ein neues Konzept für nicht notwendig. Ratsherr Bertholdt betont, dass ein solches Konzept bis zu 100.000 € kosten werde. Man könne diese Mittel im Haushalt einstellen, dazu müssten zunächst eine Vielzahl von Informationen wie z.B. Unfallzahlen zusammengetragen werden. Ratsherr Weigele wünsche sich eine bessere Kommunikation und Information an den Ausschuss.

Dezernent Annacker schlägt vor, die Schulen zu befragen, um die Bedarfe festzustellen. Ratsfrau Kohn erklärt, man müsse die Gefahrenstellen benennen und beheben. Ratsherr Bertholdt erklärt, dass dies nicht immer so einfach sei. Im Jahr 2015 habe man festgestellt, dass auf der Brücke zwischen Strümp und Osterath eine Trennung zur Fahrbahn fehle. Da es sich um die Zuständigkeit des Betriebes Straßen.NRW handele, habe es bis zu diesem Jahr gedauert, bis dieser Mangel durch das Setzen von Betonpollern endlich behoben worden sei.

Ratsfrau Messing schlägt vor, dass die Schulen sowohl die Schüler\*innen als auch die Eltern befragen sollen, wo aus deren Sicht die Gefahrenquellen liegen. Herr Dölls betont sehr deutlich, dass aus seiner Sicht die Eltern die größte Gefahrenquelle darstellen. Er habe unzählige Elternbriefe versendet, Gespräche mit Eltern und Schüler\*innen geführt, ein Umdenken sei leider nicht erfolgt. Er bezweifelt

die Wirkung der angesprochenen Maßnahmen ohne das notwendige Umdenken bei den Eltern. Dezernent Annacker berichtet vom Schulleiter der Städt. Maria-Montessori-Gesamtschule, welcher ebenso wie sein Vorgänger jeden Morgen vor dem Schultor die Autofahrer anspreche und belehre. Diese pädagogische Maßnahme laufe bereits seit Jahren ohne nennenswerten Erfolg.

Eine Schülerin des Kommunalpolitischen Praktikums meldet sich und erklärt, dass ihr Schulweg zum Städt. Meerbusch-Gymnasium über die Buschstraße ziemlich gefährlich sei. Es herrsche viel Verkehr durch PKW und Busse, die oftmals die Radfahrer nicht ausreichend beachten würden. Herr Trojan bestätigt diesen Eindruck, auch sei scheinbar den meisten Fahrern nicht bekannt, dass es eine 30er-Zone sei.

Ratsherr Bertholdt erklärt, dass man bereits solche Gefahrenstellen durch Umrüstung auf eine Fahrradstraße behoben habe und es hierzu eines Antrages bedarf.

Ratsfrau Kanders bemerkt, dass sie bzw. ihre Fraktion zu gegebener Zeit diesen Antrag stellen werde.

Ratsfrau Kohn stellt einen grundsätzlichen Konsens fest, zieht den Antrag ihrer Fraktion jedoch zurück, um ihn neu formuliert erneut zu stellen.

#### **9.4 Antrag der SPD-Fraktion - Flächendeckende Ferienbetreuungsangebote Vorlage: FB3/0526/2024**

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (7)		7	
Bündnis 90 / Die Grünen (3)	3		
GRÜN alternativ (1)	1		
FDP (1)		1	
SPD (2)	2		
UWG/Freie Wähler (1)			1
Die Fraktion (1)			1
<b>Gesamt (16)</b>	<b>6</b>	<b>8</b>	<b>2</b>

Ratsfrau Messing erläutert den Antrag ihrer Fraktion. StVR Wegmann trägt in Teilen die Stellungnahme des beauftragten Trägers OBV Meerbusch e.V. vor.

*(Anm. des Schriftführers: der Einfachheit halber wird die komplette Stellungnahme protokolliert):*

*„Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass wir derzeit keinerlei Möglichkeiten sehen, unsere Ferienfreizeit für alle Meerbuscher Kinder zu öffnen. Dafür verfügen wir nicht über die erforderlichen personellen Kapazitäten.*

*An regulären Schultagen findet die Betreuung im Nachmittagsbereich statt, in den Ferien muss hingegen mit den vorhandenen Personalstunden (nur Teilzeitkräfte) die Zeit von 8.00 Uhr -16.30 Uhr abgedeckt werden. Dies wird zunehmend zur ernsthaften Herausforderung, da der Anteil der Kinder, die unsere Ferienfreizeit in Anspruch nehmen, durch die Berufstätigkeit beider Eltern in den vergan-*

*genen Jahren deutlich angestiegen ist. Teilweise muss in den Ferien jetzt schon Personal an andere Schulen versetzt werden, wenn zu hohe Anmeldezahlen die jeweiligen personellen Möglichkeiten übersteigen.*

*Es ist unser Anspruch, für die Kinder ein attraktives und abwechslungsreiches Programm anzubieten mit Ausflügen, Projekten und weiteren besonderen Aktivitäten. Dafür sind, auch aus Sicherheitsgründen, ausreichende personelle Ressourcen unbedingt erforderlich.*

*An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass unsere Cateringfirma sicherlich nicht in der Lage wäre, in der Urlaubs- und Ferienzeit einer deutlich erweiterten Anzahl an Essensbestellungen nachzukommen, da auch deren MitarbeiterInnen ihren Jahresurlaub in Anspruch nehmen.“*

Ratsfrau Messing betont, dass es nicht zwingend der Träger OBV sein müsse, der die Betreuung anbiete.

Dezernent Annacker erklärt, dass es viele Ferienangebote in Meerbusch gebe, angefangen von der Stadtranderholung bis hin zu Angeboten der Sportvereine und der Kirchen. Bisher seien an die Verwaltung keine zusätzlichen Bedarfe herangetragen worden. Im Rahmen des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz im Offenen Ganztage ab dem Schuljahr 2026/27 werde sich das Angebot vergrößern, hierzu bedarf es jedoch zunächst einer Ausschreibung. Ratsherr Bertholdt regt an, zunächst das gesamte Angebot aufzulisten und dann die Bedarfe festzustellen. Dies könne über eine Abfrage in den Schulen geschehen. Ratsherr Pricken wünscht sich, dass die Stadtranderholung wieder über den Zeitraum von 4 Wochen angeboten werde.

Der Wunsch von Ratsfrau Messing, auch Eltern, die nicht beide berufstätig seien, einen Betreuungsplatz anzubieten, löst Verwunderung bei Ratsherr Harms aus. Er erklärt, dass die Verantwortung immer noch bei den Eltern liege und nach seinem Verständnis in Ferienzeiten Freunde, Familie, Vereine im Vordergrund stehen müssen. Die Schüler\*innen wollen doch mal für eine Zeit die Schule nicht besuchen wollen.

Dezernent Annacker wird versuchen, die Stadtranderholung auszuweiten und schlägt vor, diese zunächst nur Schüler\*innen außerhalb der OGS anzubieten. Eine Bedarfsabfrage in Schulen müsse datenschutzkonform erfolgen. Zudem dürfe eine Abfrage nicht den Eltern suggerieren, dass man auf jeden Fall einen Betreuungsplatz erhalten werde.

Im Anschluss an die Diskussion lässt der Vorsitzende Kräling über den Antrag abstimmen.

## **9.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Sport**

Ratsherr Weigele erklärt den Antrag. Dezernent Annacker berichtet, dass dieser auf Grundlage des Schreibens von Herrn Trojan ergangen sei, welches an alle Fraktionen gerichtet gewesen sei. Hierin werde behauptet, dass man seitens der Verwaltung die Umstellung auf G9 bei den Gymnasien nicht berücksichtigt habe. Dem möchte er deutlich widersprechen. Alle Interimsbauten werden entsprechend der Bedarfe erstellt. Eine Sondersitzung halte nicht für machbar, da bereits am 6. November 2024 der Ausschuss für die Zukunft der Schulen stattfindet. Er schlägt vor, dieses Thema dort als TOP 1 zu platzieren.

Herr Dölls berichtet von zeitnah anberaumten Gesprächen mit dem Schulträger.

Im Anschluss an die Diskussion zieht Ratsherr Weigele für seine Fraktion den Antrag zurück.

## 10 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

## 11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Dezernent Annacker berichtet von den Bemühungen um das Sportstättenentwicklungskonzept. Leider seien die Rückläufer der Vereine trotz Erinnerung so spärlich, dass man kaum in der Lage sei, dies vernünftig auszuwerten. Nichtsdestotrotz habe man entsprechende Bedarfe im Rahmen der Schulerweiterungen. Um den Anforderungen des Stundenplanes gerecht zu werden, benötige man vom Grunde eine 3-fach-Halle für das Städt. Mataré-Gymnasium und die Städt. Maria-Montessori-Gesamtschule. Zudem benötige man eine 2- oder 3-fach-Halle in Strümp für die Städt. Martinus-Schule und das Städt. Meerbusch-Gymnasium. Diese Planungen finden sich haushalttechnisch erst in späteren Jahren wieder.

Ratsherr Bertholdt bemängelt die fehlende Rückmeldung der Vereine, so stecke die Verwaltung in einem Dilemma und kann nicht zielführend planen.

Ratsherr Fliege bemängelt die Kommunikation, er würde das erste Mal von diesen Hallenplanungen hören. Er fragt nach dem Zeitplan dieser Maßnahmen. Dezernent Annacker antwortet, dass die Vielzahl der notwendigen Maßnahmen im Schul- und Sportstättenbau nicht gleichzeitig laufen können. Hierzu fehlten die Ressourcen Personal und Haushaltsmittel. Man müsse die Maßnahmen im Schulbereich auch von denen im Sport- und Freizeitbereich trennen. Eine konkrete Planung müsse jetzt durchgeführt werden.

Herr Dölls beklagt, dass seine Schule und die Städt. Maria-Montessori-Gesamtschule schon jetzt zu wenig Sportstunden anbieten können und halte eine schnelle Planung für notwendig.

## 12 Termin der nächsten Sitzung: 19. November 2024

## 13 Verschiedenes

Ratsfrau Kohn fragt nach der Evaluation der Einrichtung der Hol- und Bring-Haltestelle an der Städt. Adam-Riese-Schule.

*Anmerkung des Schriftführers:*

*Der Ausschuss für Schule und Sport ist unzuständig. In der Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 22.03.2023 wurde dort ein Beschluss gefasst und eine entsprechende Evaluation angekündigt.*

Ratsherr Fliege beklagt sich darüber, dass die Eltern noch nicht flächendeckend ihre OGS-Bescheide erhalten haben. Manche würden davon ausgehen, dass diese Leistung umsonst sei oder aber Monate nachzahlen müssen. Dezernent Annacker erklärt, dass die ja ein formaler Prozess mit dem Beginn der Antragsstellung sei. Hier könne niemand sich darauf berufen, nicht richtig informiert gewesen zu sein.

StVR Wegmann ergänzt, dass der Ausschuss erst am 23.04.2024 und der Rat der Stadt am 27.06.2024 die Änderung der Elternbeitragssatzung beschlossen haben, welche die Grundlage für

diese Bescheide sei. Lediglich zwei Mitarbeiter in der Schulverwaltung stünden für die Erteilung der Bescheide, vorab die Vermögensberechnung etc. zur Verfügung. Dies sei zeitlich nicht ansatzweise in dieser kurzen Zeit zu stemmen.

Ratsfrau Messing erklärt, sie sei über die Verwaltung über diese nachvollziehbare Verzögerung informiert worden, was sicherlich auch für alle anderen gelte.

Meerbusch, den 24. September 2024

---

Jonas Kräling  
Ausschussvorsitzender

---

Holger Wegmann  
Schriftführer